Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 666
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz, Wachwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertelstündchen Lachen, Aus alter u. neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis betr. monatl. M. 2.-, einschl. 30 Pfg. Trägerlohn, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.-, einschl. 30 Pfg. Postgeb. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferg. bzw. Nachlieferg. d. Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingef. Manuskr. ist Rückp. beizufüg. Für Anzeigen, w. durch Fernspr. aufgegeb. werd., könn. wir eine Verantw. bez. d. Richtigk. nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
94. Jahrgang

Anzeigen werden die 8 gespaltene Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers

Nr. 257 — **Mittwoch, den 2. November** — **1932**

Worüber das Kabinett heute beraten wird

Das Reichskabinett ist heute zur einer Sitzung zusammengetreten, in der außer der Frage der hohen Gehälter in staatlich unterstützten Betrieben auch landwirtschaftliche Fragen behandelt werden sollen. Leider hat sich in der Frage der hohen Gehälter immer mehr der Kompromißstandpunkt durchgesetzt. Man glaubt nur in die Gehaltsbezüge der leitenden Persönlichkeiten in den mehr als 50prozentig vom Staat abhängenden Unternehmungen eingreifen zu können. Die Gehaltsfragen der übrigen, geringer unterstützten Betriebe gehören nach der Auffassung einer Mehrheit des Reichskabinetts in den Bereich der freien Wirtschaft. Man will in diesem Bereich nach Möglichkeit mit unmittelbaren Maßnahmen nicht eingreifen.

Zur Stützung der Getreidepreise beabsichtigt das Reichskabinett ein Stützungskonsortiums zu bilden, daß der etwas ins Gedränge geratenden Deutschen Getreide-Handelsgesellschaft in den nächsten Monaten stärker beispringen soll. Dieses Stützungskonsortium soll durch Stützungskäufe ein Absinken der Weizen- und Roggenpreise verhindern. Das Reich wird dabei für die Differenz zwischen Aufnahme- und Abgabepreis die Garantie übernehmen.

Von der morgigen Sitzung sind keine Sensationen zu erwarten

Das allgemeine politische Interesse konzentriert sich auf die Sitzung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses des Reichsrates am Donnerstag. Das alte Preußenkabinett will sein Auftreten in der Ausschußsitzung sehr sorgfältig vorbereiten und hat dieserhalb gestern seinen „Verbindungsoffizier", Ministerialdirektor Dr. Brecht, wieder zum Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl geschickt.

Die preußischen Stimmen werden in der Reichsratssitzung am Donnerstag durch Ministerialdirektor Brecht vertreten werden. Erst in der Plenarsitzung des Reichsrates am 10. November wollen die Mitglieder des Kabinetts Braun persönlich erscheinen, da nach Ansicht der alten preußischen Regierung am Donnerstag höchstens „Vorgefechte" stattfinden werden. Am 10. November, also vier Tage nach den Wahlen, kann die Sache für die Reichsregierung aber schon erheblich anders aussehen als heute.

Sicherung der preußischen Gemeindehaushalte

Die preußische Kommissariatsregierung hielt am Dienstag eine Kabinettssitzung ab, in der die finanzielle Notlage der Gemeinden und die damit zusammenhängenden grundsätzlichen Fragen erörtert wurden. Es wurde beschlossen, zwei Verordnungen zu erlassen, die am heutigen Mittwoch in Kraft gesetzt werden sollen. Es handelt sich um eine Verordnung über die Haushaltführung der Gemeinden und Gemeindeverbände, sowie um eine Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen in den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Vor allem ist eine Verschärfung der Aufsicht geplant, die zwar vom Grundsatz der Selbstverwaltung ausgehen, aber den Gesichtspunkt verfolgen soll, daß überall sofort eingegriffen werden muß, wo Stadtverordnetenversammlungen durch Agitationsbeschlüsse die geregelte Finanzgebarung gefährden. Praktisch wird ferner eine Stärkung der Stellung des Magistrats gegenüber der Stadtverordnetenversammlung erstrebt.

Wieder die alten Fronten

Hier Reich — Dort Preußen-Bayern

Neue Kampfansage Helds

Der bayrische Ministerpräsident Held, der seit Montag in Stuttgart weilt, hielt dort in einer Zentrumsversammlung eine scharfe Kampfrede gegen die Politik des Herrn von Papen. Held führte u. a. aus:

Der Hauptschuldige an dem Sturz Brünings sei Hugenberg, der böse Geist des deutschen Volkes, der den Einfluß eines „katholischen Kanzlers" habe brechen wollen.

Am Parlament müsse unter allen Umständen festgehalten werden,

denn Parlament, Reichsrat und Reichspräsident müßten die Kompetenzen des Volkes wahrnehmen, und wenn sie dies täten, dann brauche man auch keine Reform. Wenn deutsche Reichsminister mit der gesamten Handhabung preußischer Ministerien betraut würden, dann entstehe dadurch eine Verschiebung des Gleichgewichts zwischen Reich und Ländern.

Wer Gewalt anwende, könne auch wieder nur mit Gewalt bekämpft werden, ob es sich dabei um Herrn von Papen handele oder um sonst jemand, sei gleichgültig.

Die Tage seien so ernst wie kaum jemals seit 1918.

Die Maßnahmen in Preußen kehrten die Grundlagen der Reichsverfassung völlig um. „Ich habe jetzt", fuhr der bayrische Ministerpräsident fort, „den Glauben an das Kabinett von Papen verloren. Wenn ich meine Pflicht als bayrischer Ministerpräsident, als Anhänger verfassungsmäßigen Lebens, erfüllen will, dann bin ich gezwungen, öffentlich gegen Papen aufzutreten und zum Kampfe gegen seine Maßnahmen aufzufordern."

*

Er wird keiner Antwort gewürdigt

Berlin, 2. November. (Radio.) Nach einer Meldung Berliner Blätter verlautet, daß eine offizielle Erklärung der Reichsregierung zu den Angriffen des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held gegen die Regierung von Papen nicht mehr zu erwarten sei. In politischen Kreisen nehme man an, daß die Reichsregierung ihren politischen Beauftragten für die süddeutschen Länder, Herrn v. Lersner, nicht mehr mit besonderen Instruktionen für Bayern versehen werde. Ueberhaupt werde der politische Verkehr zwischen Berlin und München, solange sich Dr. Held nicht entschuldigt habe, stark eingeschränkt werden. (Eine offizielle Bestätigung dieser Annahme liegt nicht vor.)

Ueberschwemmung in Belgien

Die Vorstädte von Brüssel sind durch die anhaltenden Regengüsse der letzten Wochen erheblich überschwemmt worden. In den Außenbezirken stehen die Häuser teilweise bis zur ersten Etage im Wasser; die Wohnungen im Parterre mußten geräumt werden. Der Sachschaden ist sehr groß; der Verkehr kann nur durch Kähne aufrechterhalten werden. — Ein Augenblicksbild aus Anderlecht bei Brüssel.

*

Eine Belastungsprobe für die Reichseinheit

Die scharfen Angriffe, die von bayrischer Seite fast täglich gegen die Reichsregierung gerichtet werden, und die bisher in den äußerst scharf gehaltenen unmittelbaren Kampfansagen des bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Held gipfelten, haben in den sonst gegenüber Bayern zur Nachgiebigkeit geneigten Regierungsstellen der Wilhelmstraße eine gewisse Empfindlichkeit hervorgerufen. Die große Besuchsreise, die den Reichskanzler Mitte November zu den süddeutschen Länderregierungen führen soll, beweist, wie ernst man bei der Reichsregierung die Möglichkeit einer schroffen Länderopposition im Reichsrat nimmt. Man will sich durchaus verständigen. Die Angriffe Dr. Helds zerstören die zarten Verständigungsmöglichkeiten aber bereits im Entstehen.

Sie lassen es zweifelhaft erscheinen, ob man nach der Wahl die weiteren Etappen der Reichsreform in gütlicher Verständigung mit dem Reichsrat durchführen kann.

Es gibt politische Kreise, die ein Echo dieser Befürchtungen bereits in der großen Reichsreformrede des Reichsinnenministers erblicken wollten. Man sagt, vielleicht nicht mit Unrecht, daß sich Herr von Gayl hauptsächlich aus diesem Grunde so problematisch über die Zukunft des Reichsrates geäußert habe. An sich sei die Reichsregierung für den Ausbau des Reichsrates zu einer Ersten Kammer.

Wenn dieser Ausbau aber an dem Widerstand der Länder scheitere, so bleibe nichts anderes übrig, als den Reichswirtschaftsrat zur Keimzelle des sog. Ständeparlaments zu machen.

In einem ausgebauten und umorganisierten Reichswirtschaftsrat könnte man dann der Opposition einzelner Länder eher begegnen. Man hätte dann in ihm jene Stütze gegenüber einseitigen Reichstagsbeschlüssen, die ein oppositioneller Reichsrat natürlich nicht zu gewähren vermag. In diesem Zusammenhang erhalten die scharfen Reden Dr. Helds ein besonderes Gesicht. Sie umreißen die bayrischen Ansprüche in ihrer grundsätzlichen Tendenz, ohne vorläufig in Einzelheiten hinabzusteigen. Dadurch wird aber der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern nicht kleiner, sondern größer.

Die Reichsregierung sieht sich auch in ihren Reichsreformplänen einem Berg des Widerstandes gegenüber, über den ohne personelle Veränderungen und weitreichende Kompromisse nur schwer hinüberzukommen sein wird.

Die deutsche Einheit dürfte kaum jemals nach 1871 einer schwereren Belastungsprobe unterworfen worden sein, als sie ihr nach dem 6. November blüht.